

**Zeitschrift:** Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz  
**Herausgeber:** Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat  
**Band:** 73 (1998)  
**Heft:** 12  
  
**Rubrik:** Blick über die Grenzen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

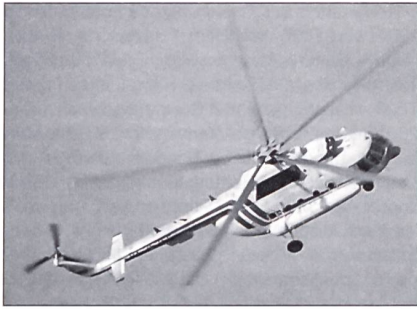
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 05.05.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



**Mittelschwerer russischer Transporthubschrauber Mil Mi-171 (Weiterentwicklung der Mi-17 mit stärkeren Triebwerken).**

**land** ● Als Folge wirtschaftlicher Schwierigkeiten wurden folgende Neuentwicklungen aufgegeben: Suchoi T-60S als Nachfolger der Suchoi SU-24 Fencer und Tupolev TU-22 Backfire, Mikojan-701 als Nachfolger der MiG-31 Foxhound, MiG-1.42 als Nachfolger der Suchoi SU-27 Flanker sowie Mikojan LFI als Nachfolger der MiG-29 Fulcrum. ● **Russland** bewirbt sich vermehrt um Modernisierungsaufträge. Bei der MiG-23 Flogger betrifft dies die Länder Algerien (20 Flugzeuge), Angola (24), Bulgarien (36), Indien (90), Irak (140), Kuba (72), Libyen (92), Rumänien (36), Syrien (76) und Ägypten (12). Nach anderen Quellen hat aber Ägypten das Gros seiner MiG-23 an die USA verkauft. ● **USAF** ● Die Wiederindienststellung des Mach-3-Aufklärers Lockheed SR-71 wird ein zweites Mal erwogen. Offiziell wird die Lage in Nordkorea, Iran, Afghanistan und Irak zum Anlass erklärt, einige dieser im Unterhalt sehr teuren Flugzeuge zu reaktivieren. Nicht ausgeschlossen ist aber eine Desinformationskampagne, um Nachfolgeprojekte – beispielsweise Lockheed Aurora – zu tarnen. ● **US Army** ● 4 Sanitätshubschrauber Sikorsky UH-60Q Black Hawk (umgebaute UH-60A) werden gegenwärtig durch die Tennessee Army National Guard in Lovel Field/Chattanooga getestet. Bei Erfüllung des Pflichtenheftes ist der Umbau von 175 UH-60A und der Neubau von 200 Maschinen vorgesehen. ● Zum nicht klassifizierten Inventar des OP-TEC (Operational Test and Evaluation Command) auf der Basis Biggs Army Air Field, New Mexico, gehören Mil Mi-2 Hoplite, Mil Mi-24 Hind-D, Mil



**Prototyp des mittelschweren Sanitätshubschraubers der US Army Sikorsky UH-60Q Blackhawk.**

Mi-8 und Mi-17 Hip, Antonov AN-2 Colt und Kamov KA-32T Helix. ● **US Marine Corps** ● Ein gegenwärtig laufendes Kampfwertsteigerungsprogramm soll sicherstellen, dass die Kampfhubschrauber Bell AH-1W Super Cobra bis zum Jahr 2025 im Dienst behalten werden können. Die Modifikation beinhaltet neue Triebwerke, eine neue Avionik und einen Vierblattrotor; die Bezeichnung

lautet AH-14BW. ● **US Navy** ● Das 2. von 8 Mehrzweck-Kampfflugzeugen Boeing F/A-18E/F Super Hornet wurde an die VX-9 in NAWS China Lake abgeliefert.

## BLICK ÜBER DIE GRENZEN

### BULGARIEN

#### MiG-29 werden modernisiert

22 Jagdflugzeuge MiG-29 (FULCRUM) der bulgarischen Luftstreitkräfte werden unter Federführung des deutschen Luft- und Raumfahrtkonzerns DASA modernisiert. Sie erhalten eine neue Elektronik und verbesserte Triebwerke zum inoffiziellen Preis von 2 Millionen Mark pro Flugzeug. Damit werden sie dem NATO-Standard angepasst. Die DASA wartet und modifiziert bereits jene MiG-Flugzeuge, welche die Bundeswehr von der ehemaligen NVA übernommen hat. *Rene*

### DEUTSCHLAND

#### Vertrag über die erste «Eurofighter»-Lieferung unterzeichnet

Das «Eurofighter»-Konsortium hat den Produktionsvertrag für die ersten 148 Flugzeuge mit einem Gesamtwert von 14 Mia. Mark Mitte September unterzeichnet, wurde aus München (DASA/München) mitgeteilt.

Im Zeitraum von 2001 bis 2005 sollen von den 148 Flugzeugen der ersten «Eurofighter»-Produktionsserie 55 Flugzeuge an die britische RAF, 44 an die deutsche Luftwaffe, 29 an die italienischen und 20 an die spanischen Luftstreitkräfte geliefert werden.

Bereits im Januar waren die Grundlagenverträge für die Serienfertigung von insgesamt 620 Flugzeugen zwischen der NATO und der Wehrtechnikindustrie von Deutschland, Grossbritannien, Italien und Spanien unterzeichnet worden. *Rene*

### FRANKREICH

#### Erster weiblicher Luftwaffen-General

Die französische Luftwaffe erhielt mit 1. November ihren ersten weiblichen General. Die etwa 50jährige Colette Moulin-Giacometti wurde zum Brigadegeneral der Luftwaffe befördert. Bisher wurde in der französischen Militärgeschichte nur eine einzige Frau zum General ernannt: 1976 wurde Valerie André General-Arzt. *Rene*

### GRIECHENLAND

#### Massive Aufrüstung

Als ersten Schritt seines massiven Aufrüstungsprogramms hat Griechenland Anfang Oktober den Kauf von vier Batterien amerikanischer Flugabwehrsysteme «Patriot» (Wert 1,2 Mia. US-

Dollar) und 21 russischen Systemen «Tor» (für kurze Reichweite) bekanntgegeben. Ferner wurden elf Luftabwehrsysteme für Kurzstrecken des Typs «Crotale» vom französischen Rüstungskonzern Thomson CSF (Wert 1 Mia. Franken) bekanntgegeben. Zwei Systeme seien für die Landstreitkräfte, die übrigen für die Seestreitkräfte bestimmt, wurde erklärt. Darüber hinaus wurden 45 amerikanische Ausbildungsflugzeuge für 200 Mia. Dollar und zehn kanadische Feuerlöschflugzeuge (440 Mio. Dollar) bestellt.

Zur Modernisierung seiner Streitkräfte will Griechenland in den kommenden fünf Jahren insgesamt schätzungsweise 24 Milliarden Dollar aufwenden und Kampfflugzeuge, Panzer und Schiffe kaufen. Begründet wird dieses Vorhaben mit der Bedrohung seitens der Türkei, die ihrerseits 150 Milliarden Dollar in den nächsten 25 Jahren für Waffenkäufe aufwenden will. *Rene*

### GROSSBRITANNIEN

#### London steigt aus Satellitenprojekt aus

Vor kurzem hat London seinen Partnern mitgeteilt, dass es aus dem mit Frankreich und Deutschland vereinbarten gemeinsamen Kommunikations-Satellitenprojekt «Trimilsatcom» aussteige. Bei diesem Projekt handelt es sich um ein System mehrerer Kommunikations-Satelliten, das für die Verbindung zu im Ausland stationierten Truppen benötigt wird. Offiziell wurde angegeben, dass das 3 Milliarden Franken teure Projekt absehbar zuviel Zeit in Anspruch nehme und verglichen mit anderen Lösungen zu teuer wäre. London wolle einen nationalen Alleingang machen und prüfe billigere Lösungen, wurde bekanntgegeben. Die Entscheidung wird von Fachleuten als schwerer Rückschlag auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie angesehen. *Rene*

### ISRAEL

#### Bürgerarmee oder Freiwilligenarmee?

Von Reuven Assor

Seit der Gründung des Staates Israel nennt sich die israelische Armee mit Stolz eine «Bürgerarmee». Sie besteht aus einem relativ kleinen Kader von langjährig Dienenden, während das Gros der Soldaten und Offiziere erst im Ernstfall zu den Fahnen gerufen wird. Das heisst jedoch, dass die Reservisten jährlich für Manöver und Fachausbildung einberufen werden. Im Prinzip ist die israelische Armee auf dem Schweizer Modell aufgebaut, das der damalige Stabschef Mordechai Makleff in den fünfziger Jahren einführte.

Dieses Modell bewährte sich bis auf die letzten Jahre recht gut. Es war ein wichtiger Faktor, der, neben anderen auch genügend hilfreich war, dass es Israel gelang, aus allen bisherigen Kriegen als Sieger hervorzugehen, ohne in der Zwischenzeit sein Budget allzu sehr zu belasten. Natürlich war auch dieses Modell nicht problemlos und hatte seine Tücken, z.B. musste die heikle Frage rechtzeitig entschieden werden, wann ein «Ernstfall» vorliege, in dem man die Mobilisationsschwelle überschreiten muss, um



rechtzeitig kriegsbereit zu sein. Einige Male kam es zu kostspieligen falschen Alarmen, und andererseits wollte am Vorabend des Jom-Kippur-Krieges die politische Leitung den Ernstfall nicht wahr haben, um nicht als Provokator zu gelten, obwohl der Generalstab eine sofortige Einberufung der Reservisten befürwortete. Diese politische Fehleinschätzung erwies sich als schwerer Irrtum, der nur unter grössten Opfern ausgeglichen werden konnte. Aber im grossen und ganzen funktionierten Einberufung und Bereitschaft der Reservearmee recht gut, wenigstens so lange, als eine allgemeine nationale Bereitschaft existierte, den alljährlichen, manchmal bis über einen Monat langen Reservedienst anzutreten. Es waren nur Ausnahmefälle, wie z.B. körperlich Behinderte oder Rekruten mit niedrigem Gesundheitsprofil, die keinen üblichen Reservedienst absolvierten und die dann deswegen an ihren Arbeitsplätzen als «nicht ganz voll» galten. Die Einberufung zum Reservedienst bis zum 51. Lebensjahr galt gesellschaftlich als Zeichen der guten Gesundheit und Zugehörigkeit.

#### Grundlegende Veränderungen

In den letzten Jahren hat sich diese Tradition psychologisch und physisch grundlegend geändert. Zwei Hauptgründe sind dafür verantwortlich. Zunächst ist es die neue Computertechnik, mit deren Hilfe fast alles, «was da krecht und fleucht», bedient wird. Das bedeutet einen bis jetzt ungewöhnlich höheren Bildungsgrad. Es ist eben immer weniger Platz für Soldaten mit nur teilweiser Bildung. Aber selbst wenn solche als Köche, Polizisten und ähnlichem Verwendung finden, sind doch selbst solche Aufgaben beschränkt.

Der zweite Hauptgrund ist noch wesentlicher: Immer mehr Jugendliche lernen in sogenannten «religiösen Mittel- oder Hochschulen» und sind als solche vom Militärdienst befreit oder versehen diesen nur in einer geringen Zeitspanne. Der Pflichtdienst ist offiziell mit drei Jahren bemessen, in der Praxis kommt es oft während des ersten Dienstjahres zu Entlassungen, so dass heute der Pflichtdienst statistisch gesehen, im Durchschnitt nur 28 Monate dauert.

Die Gesamttenenz ist klar:

Im Jahre 1985 verrichteten 90% der Einberufenen ihren Pflichtdienst.

Im Jahre 1996 waren es bereits weniger als 80%. 1985 beendeten noch 90% der Rekruten ihren Dreijahresdienst.

1996 waren es nur 83%.

Die Zukunftsprognose ist düster: Zu Beginn des neuen Jahrtausends werden nur noch 50% der Einberufenen normalen Pflichtdienst im Sicherheitswesen versehen.

Der heutige Oppositionsführer General Ehud Barak, der in den neunziger Jahren Generalstabschef war, veröffentlichte 1994 einen Plan, nach dem der Pflichtdienst ab 1996 nur 32 Monate dauern sollte. Sein Plan wurde jedoch abgewiesen.

#### Nur 10% sind kämpfende Truppen

Militärfachleute, wie Professor Stewart Cohen, meinen, dass die kämpfenden Einheiten ohnehin nicht mehr als 10% der Gesamtarmee ausmachen. Alle übrigen wie Ingenieure, Ärzte, Mechaniker, Beamte usw. können langfristig dienende, gut ausgebildete Fachkräfte sein.

Im Laufe der letzten Jahre wird die Armeeeproblematik offen in der Presse und auf Seminaren behandelt. Festzustellen ist, dass auch die Kritiker der jetzigen Situation durchaus eine positive Einstellung zur Armee haben und

deren Existenz nicht, wie in einigen anderen Ländern, in Frage stellen. Es gibt allerdings einige Kritiker, die den «ideologisch-idealistischen Ballast» der Vergangenheit unzeitgemäss finden und behaupten, die Armee träge den grossen Änderungen in der Gesellschaft zu wenig Rechnung, ja, sie hinke sogar hinter dem technischen Niveau der High-Tech-Industrie hinterher; die Armee sei noch immer ein allzu aufgeblasener und fetter Körper, den man vor allem erst entspecken muss.

#### Eine «zweite Armee» (der Pensionäre)

Ein weiteres grosses Problem, mit dem am Anfang niemand rechnete, sind die vielen Pensionäre. Die meisten Offiziere, vor allem die der oberen Ränge, verlassen spätestens im Alter von 45 Jahren die Armee. Der Grundgedanke der frühen Pension war ursprünglich begrüssenswert: Er ermöglichte einem aus dem Dienst scheidenden Offizier, sich eine zweite Karriere noch im besten Mannesalter aufzubauen und sich und seiner Familie intensiver zu widmen, als dies im Laufe seines Militärdienstes möglich war. Ausserdem ermöglichte das alljährliche Ausscheiden von Hunderten Offizieren der jüngeren Offiziersgeneration rascher die Stufen der Militärhierarchie zu erklimmen, um sich dann in den neuen Positionen zu bewähren. Abgesehen davon ist es für einen nur um wenige Jahre älteren Vorgesetzten leichter, eine gemeinsame Sprache mit den Angehörigen seiner Einheit zu finden. Auf diese Weise blieb die Armee jung.

So weit, so gut. Aber da geschah etwas, woran niemand zuvor gedacht hatte. Die Anzahl der Armee-Pensionisten schwoll im Laufe der Jahre in einem ungeahnten Umfang an. Das Verteidigungsbudget, aus dem die Pensionen gezahlt werden, gab immer grössere Summen für die Pensionisten aus. Dies bedeutete praktisch weniger Geld für Ankauf und Instandhaltung von Waffen, weniger Manöver, Ausbildung oder Flugstunden, für beinahe alles, was die klassische Instandhaltung einer Armee ausmachte. Heute weiss man bereits, dass in nicht allzu grosser Ferne, im Jahre 2008, auf das Verteidigungsbudget im Grunde sozusagen «zwei Armeen» zukommen wird: der Armee und einer zweiten, der der Pensionisten. Ja, es wird sogar noch problematischer: Ab 2008 wird die Auszahlungssumme an die Pensionisten die Summe der Ausgaben für die Armee noch überschreiten!

So gibt es eine Fülle pessimistischer Analysen und Prognosen. Schon heute werden nur 60% der Frauen eingezogen – gegenüber 85% in früheren Jahren. Aber auch von den eingezogenen 60% der Frauen wird ein nicht unbedeutender Teil sogar als «überflüssig» angesehen, obwohl in den letzten Jahren immer mehr weibliche Auszubildner – übrigens mit grossem Erfolg – das männliche Tankpersonal ausbilden oder mit anderen Ausbildungstätigkeiten betraut werden. Aus diesem Grunde kann angenommen werden, dass eine der ersten Massnahmen ein Übergang vom Pflichtdienst für Frauen zum Volontärdienst bedeuten wird.

Leider ist eine Kriegsgefahr im Nahen Osten immer noch akut und muss von der Armee jederzeit in Betracht gezogen werden. Auch deswegen fällt es dem Verteidigungsministerium und dem Generalstab schwer, eine vielleicht notwendige Operation an Gliedern und Haupt der sich so oft bewährten Armee bald vorzunehmen.

## ISRAEL

### Israel mit Bio- und Chemiewaffen?

Nach einem Bericht des in London erscheinenden «Foreign Report» von Mitte August soll Israel in einem Institut in Nes Ziona, südöstlich von Tel Aviv, heimlich biologische und chemische Kampfstoffe testen.

In dem 1952 eröffneten «Israelischen Institut für biologische Studien» gebe es Labors der Kategorie P-3, in denen man mit «tödlichen Stoffen» experimentiere. Ob man auch diese Kampfmittel für den Einsatz produziere, blieb aus dem Bericht offen. Nach offiziellen israelischen Angaben arbeite das Institut für Israels Verteidigungsministerium und produziere zudem Chemikalien für den landwirtschaftlichen Gebrauch, berichtet «Foreign Report». Wie das Blatt unter Berufung auf namentlich nicht genannte «israelische Quellen» meldet, habe es in Nes Ziona bereits vier schwere Unfälle in den vergangenen Jahren gegeben, bei denen vier Angestellte getötet und 25 verletzt worden seien. *Rene*

## JAPAN

### Japan will Raketenabwehrsystem

Die Aussen- und Verteidigungsminister der USA und Japans sind im September übereingekommen, bei der Entwicklung eines strategischen Raketenabwehrsystems zusammenzuarbeiten. Hintergrund zu diesem Entschluss war der nordkoreanische Raketentest im August, bei dem Raketenteile über japanisches Gebiet geflogen sind.

Die Übereinkunft über die sogenannte Theater Missile Defense (TMD) wurde aber nur sehr vorsichtig formuliert. Es heisst dazu nur, «beide Seiten betonen die Bedeutung des Konzepts der strategischen Raketenverteidigung (TMD), die gemeinsame technische Forschung wird in Richtung einer Verwirklichung vorangetrieben». Man fürchtet in Tokio, dass China und andere asiatische Länder Anstoss daran nehmen könnten, dass Japan sich an der TMD beteiligt. *Rene*

## ÖSTERREICH

### Seit acht Jahren 50000 illegale Grenzgänger

Der Flüchtlingsstrom über Österreichs grüne Grenze reisst nicht ab. Innerhalb der acht Jahre, in denen das Bundesheer die Grenze zu Ungarn sichert, wurden etwa 50000 «Illegale» bis zum 1. September 1998 durch Bundesheer, Bundesgendarmerie und Zollwache gestellt. 73 Prozent der Flüchtlinge wurden vom Heer aufgegriffen, der Rest von den anderen Organen. Das Bundesheer hat bisher rund 168000 Soldaten zum Assistenzeinsatz herangezogen. Es fanden 96 Ablösen statt. Es wird darauf geachtet, dass die Häufigkeit der Einsätze gleichmässig auf die Einheiten des Bundesheeres im gesamten Bundesgebiet verteilt ist.

Allein 1997 wurden 13173 illegale Grenzgänger registriert. Die Hauptlast an der grünen Grenze – abseits der Grenzübergänge – trägt dabei das



Bundesheer. Nicht nur aus Ungarn, sondern auch aus der Slowakei und aus Tschechien strömen die Grenzgänger nach Westen. In erster Linie sind es Rumänen, aber auch Menschen aus Ex-Jugoslawien, dem Irak, Afghanistan und der Türkei werden aufgegriffen.

Dass die Zahlen steigend sind, ergibt die Statistik des heurigen Jahres: Bis Ende September wurden 11 000 Personen aufgegriffen. Der Druck an der Grenze wird stärker. Die Schlepperbanden agieren immer professioneller. Immigranten und Kriminaltouristen erweisen sich als militärisch instruiert. Sie bewegen sich wie Soldaten kriechend und robbend abseits von Wegen und bei Nacht. Mit Hilfe von Nachtsichtgeräten und Gefechtsfeldradars können sie aber dennoch gestellt werden. Das Bundesheer stellt Patrouillen am Boden und Hubschrauber für den Luft-Einsatz. Korrumpierungsversuche von Aufgegriffenen sind nicht selten.

Weil die Gendarmerie immer mehr «Illegale» auch an den Grenzen im Norden und Osten nördlich der Donau feststellt, soll das Bundesheer am Boden auch dort zum Einsatz kommen, denn mit Hubschraubern ist es dort bereits präsent. Doch seine Möglichkeiten sind begrenzt: Es fehlen Soldaten und Finanzmittel. *Rene*

## Die neue Dimension des Terrorismus

Zum Thema einer neuen Dimension des Terrorismus sprach Divisionär a D Dr. Gustav Däniker Mitte Oktober in Wien. «Vom internationalen Terrorismus geht eine wachsende Gefahr für die westliche Demokratie aus», konstatierte er mit dem Hinweis auf die jüngsten Anschläge auf die US-Botschaften in Ostafrika. Es gebe eine neue Qualität des Terrorismus, die ideologisch nicht mehr vom Kalten Krieg und vom Marxismus-Leninismus geprägt werde. Der nun agierende religiös geprägte Terrorismus sei unberechenbarer. Mit der Drohung der Islamisten, überall auf der Welt gegen die Feinde zuzuschlagen, sei nicht nur eine einzige Weltmacht gefährdet, sondern ein gesamter Kulturkreis. Der «Information war» sei das Bedrohungsbild der Zukunft. Hacker könnten die gesamten Möglichkeiten der modernen Gesellschaft lahmlegen: Atomkraftwerke, Ressourcenzuführungen sowie die gesamte Informatik. Eine grenzüberschreitende Kooperation mit «Härte und Weitsicht» seien geboten. «Denn je liberaler ein Staat, desto verwundbarer ist er auch.» Auf jeden Fall sei aber eine kluge Prävention geboten statt bloss repressiver Massnahmen. *Rene*

## Neue Offiziere für die Armee

Am 18. September wurden 72 Berufssoldaten, Angehörige des III. Jahrganges der Theresianischen Militärakademie, in Wiener Neustadt feierlich zum Leutnant ausgemustert. Sie wurden einen Tag später mit 282 Kameraden aus dem Milizstand in die Armee übernommen. 354 junge Offiziere wurden damit in Anwesenheit von Bundespräsident Dr. Thomas Klestil und Verteidigungsminister Dr. Werner Fasslabend dem Bundesheer zugeführt. Der Bundespräsident dankte den Offizieren für ihr Engagement und sprach die Rolle des Bundesheeres als «Schule

der Demokratie» an. Auch in einer modernen Armee seien für Offiziere Eigenschaften wie Verantwortungsbewusstsein, Führungsqualitäten und Charakterstärke unverzichtbar. Dazu kämen Dialogfähigkeit und Sachkompetenz, sagte das österreichische Staatsoberhaupt vor den Soldaten und zahlreichen hohen Ehrengästen. *Rene*

## Generaltruppeninspektor schlägt Alarm: «Mehr Geld oder kein Grenzeinsatz»

In einem aufsehenerregenden Interview mit der Tageszeitung «Die Presse» Mitte Oktober richtete der Generaltruppeninspektor des Bundesheeres, General Karl Majcen, eine klare Mahnung an die Politik. Der politisch geforderte erweiterte Grenzeinsatz des Bundesheeres nun auch an der Grenze zur Slowakei und Tschechien in Nieder- und Oberösterreich – neben dem bereits bestehenden an der Grenze zu Ungarn – könne unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr bewältigt werden. Es fehlen die Soldaten und die Finanzmittel.

### Verstärkung aus der Miliz

Der General erklärte die Zusammenhänge ganz einfach: Aus dem Wehrsystem mit Wehrpflichtigen, Längerdienenden und Berufssoldaten kann man nur eine gewisse Präsenzleistung herausholen. Man muss Grundwehrdiener eine bestimmte Zeit ausbilden und sie mit dem Kaderpersonal zusammenführen, bevor man ihnen eine Aufgabe zumutet. «Da sind wir am Limit mit unseren rund 2000 Mann» für den laufenden Grenzeinsatz. «Gleichzeitig hat das Bundesheer rund 1000 Mann auf Dauer im Auslandeinsatz. Das heisst, das Bundesheer hat tagtäglich 3000 Mann im Einsatz.» Dass wegen der Ablösen immer die doppelte Anzahl zu berechnen ist, ist eine Binsenweisheit. Wenn der Politiker nun auf einer Ausweitung bestünde, könne der Verteidigungsminister zusätzliche 5000 Mann aus der Miliz holen, meinte der General. Das aber koste Geld. «Das Geld muss von irgendwoher anders kommen, aus dem Verteidigungsbudget ist es nicht mehr herauszuholen.»

Nicht gesprochen hat der General von der steigenden Zahl der Zivildienstmeldungen. Bereits bis zum 1. Juli dieses Jahres hat es 4686 Zivildienstmeldungen gegeben, so dass man heuer insgesamt bis Jahresende mit einer Rekordzahl von 10 000 Zivildienstanträgen rechnen muss. Diese Personen fehlen dann natürlich bei den Soldaten. Die grosszügige Handhabung der praktischen Abmeldemöglichkeit vom Wehrdienst hat damit ihre Schattenseiten deutlich gemacht.

### Mit Friedensbudget den Einsatz finanzieren?

General Majcen erklärte ferner, dass er sich nie mit der Situation einverstanden erklärt habe, dass der Assistenz-Einsatz an der Grenze und Auslandeinsätze aus dem Budget des Heeres bezahlt würden. «Man kann nicht wegdiskutieren, dass wir de facto mit einem Friedensbudget eigentlich einen Krieg finanzieren. Das Heeresbudget ist darauf abgestellt, in ruhigen Zeiten sein Personal zu besolden und in massvollen, wie ich glaube, zu kleinen Schritten die Ausrüstung zu erneuern.» (Derzeit etwa 2,6 Mia. Franken.)

Das Heeresbudget müsse zumindest etwa 1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes betragen, die derzeit 0,8 Prozent reichen in keiner Weise, stellte der General fest. Alles was unter der 1-

Prozent-Marke liege, schränke die Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten für die Politik ein. «Man wird sagen müssen: Jetzt können wir keinen Mann mehr losschicken, weil wir ihn entweder nicht haben oder weil er nicht entsprechend ausgerüstet ist.»

### «Man muss Sorge haben ...»

Zum Investitionsstau des Bundesheeres befragt, erklärte der General: «Die finanzielle Unterdotierung hat ein Mass erreicht, dass man Sorge haben muss, dass der entscheidende Einflussfaktor bei der Überprüfung 1999/2000 das Geld sein wird und nichts anderes. Wenn jetzt nicht etwas getan wird, um dem Bundesheer Investitionsmittel zuzuführen, ist eine dramatische Heeresreform gleich zu Beginn der nächsten Legislaturperiode unvermeidlich.» Das erklärte der General angesichts der bereits jetzt grössten Reduzierung von Truppen, die das Bundesheer der zweiten Republik derzeit erlebt: Von bisher 15 Brigaden wird auf fünf verkleinert.

### Motivationsverluste sind zu befürchten

Zum Leistungsvermögen und der Stimmung des Kaders meinte der ranghöchste Offizier des Bundesheeres: «Wir können ein eingeschränktes Aufgabenspektrum erfüllen, mit allen Anstrengungen und unter Rückgriff auf das nach wie vor hohe Motivations- und Leistungspotential. Aber man kann nicht auf Dauer sündigen. Irgendwann einmal tritt auch bei den Gütwilligsten möglicherweise der Zustand einer Art von inneren Kündigung ein.» General Majcen ist als eher zurückhaltender und kalmierender Offizier bekannt. Wenn er diese Töne in aller Öffentlichkeit anschlägt, so dürfte zu befürchten sein, dass die Lage für das Bundesheer ausserordentlich dramatisch geworden ist. Dies bestätigt auch die Österreichische Offiziersgesellschaft mit ihren Aussagen, dass die «Finanzmittel insgesamt nicht ausreichen. Sie reichen nicht einmal aus, um die Substanz auf dem heutigen Niveau zu halten. Wir stehen vor einer dramatischen Situation».

Verteidigungsminister Werner Fasslabend stellt allerdings die öffentliche Kritik von hohen Führungsoffizieren als «Einzelmeinung» hin. Nach Aussagen von Bundeskanzler Klima hätte er vom Verteidigungsminister die Zusicherung erhalten, dass das Heer einsatzbereit sei. Wofür, hat er allerdings nicht erwähnt. *Rene*

## RUSSLAND

## Atomstreitkräfte: Modernisierung durch Abrüstung

Die russische Regierung hat dem Parlament eine Reduzierung des Atomwaffenarsenals vorge schlagen, um Geld für eine Modernisierung aufbringen zu können. Russland könne sich Tausende von atomaren Gefechtsköpfen nicht mehr leisten, höchstens mehrere hundert, erklärte der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Russlands, Juri Maslujkow, Anfang Oktober der Nachrichtenagentur Interfax zufolge.

Um das strategische Kräftegleichgewicht zu erhalten, brauche Russland die bestehenden und geplanten Abrüstungsverträge mit den USA, erklärte er in Richtung Abgeordnetenhaus. Dort blockieren Kommunisten und Nationalisten im Parlament das bereits sechs Jahre alte START-2-Abkommen. (Der 1993 geschlossene Vertrag sieht für 2007 eine Abrüstung von etwa 6000 Gefechtsköpfen auf höchstens 3500 vor. Darüber



hinausgehende Reduzierungen sind in START-3 vorgesehen, über den die USA und Russland bereits verhandeln.)

Er forderte, dass sich Regierung und Parlament auf eine Modernisierung der strategischen Streitkräfte einigen müssen. «In seiner gegenwärtigen Verfassung hat der Staat nicht die Mittel, das derzeitige Arsenal von mehreren tausend Gefechtsköpfen zu unterhalten. Ab den Jahren 2007 bis 2010 können wir höchstens auf mehrere hundert nukleare Gefechtsköpfe hoffen», sagte Masljukow.

Wegen der Wirtschafts- und Finanzkrise werde in sieben bis acht Jahren keines der Atom-U-Boote und keiner der strategischen Bomber mehr einsatzbereit gehalten werden können. Die Regierung müsse vielmehr ab dem Jahr 2000 jährlich mindestens 35 bis 40 der neuen SS-27(Topol-M-)Trägerraketen in Dienst stellen. Ferner benötigte das Land mehrere Raketen-U-Boote der neuen Juri-Dolgoruki-Klasse sowie die Modernisierung der Führungsebene der strategischen Streitkräfte. Zudem gelte es, das Frühwarnsystem und die Raumfahrt zu retten, erklärte Masljukow.

Rene

## SCHWEDEN

### Neue «Gripen» werden eingemottet

In Schweden soll nach einem Bericht der Zeitung «Svenska Dagbladet» von Anfang Oktober ein Teil der 204 bis zum Jahr 2006 bestellten Gripen-Kampfflugzeuge eingemottet werden. 34 der für eine Milliarde DM bestellten hochmodernen Flugzeuge sollen aus Kostengründen eingemottet werden. Es käme billiger, die neuen Jets in Hallen stillzulegen, als den Auftrag noch vor der Auslieferung im nächsten Jahrtausend zu stornieren.

Zunehmende Budgetkürzungen hätten die Sparmassnahmen bedingt. Mit der Stilllegung könnten etwa 69 Millionen US Dollar eingespart werden, die sonst für Übungsflüge ausgegeben würden. Die restlichen 160 Gripen sollen jedoch wie geplant der Truppe zugeführt werden.

Rene

## LITERATUR

Yves-Alain Morel

### Aufklärung oder Indoktrination?

Truppeninformation in der Schweizer Armee 1914 – 1945

1996, Zürich, Thesis Verlag, Dissertation Zürich 1995, 318 Seiten, ISBN 3-908 544-14-9, SFr. 45.–

Der Autor vermittelt eine umfassende geschichtliche Übersicht der Truppeninformation von Beginn des Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges mit Schwergewicht auf dem Zeitraum von 1939 bis 1945. Der Begriff «Truppeninformation» bestand damals noch nicht. Im Mittelpunkt der gründlichen Studie stehen die mit der Information beauftragten Stellen der Armee, insbesondere das «Vortragsbureau im

Armeestab» (1914 – 1916) und die Sektion «Heer und Haus» (1939 – 1945). Die Gründung des sogenannten Vortragsbureaus – Absicht: Belehrung und Unterhaltung – geht auf einen Befehl von General Ulrich Wille vom November 1914 zurück. Die Wirkung auf die Moral der Truppe blieb ungenügend.

Im Aktivdienst des Zweiten Weltkrieges waren die Empfänger der militärischen Information von «Heer und Haus» in erster Linie die Armeegehörigen während ihrer Dienstleistungen. «Heer und Haus» richtete sich gegen die ausländische nationalsozialistische und faschistische Propaganda, die Behörden und Volk politisch-ideologisch zu beeinflussen und ihre Widerstandskraft zu untergraben bezweckte. Daher wurde auch die Zivilbevölkerung miteinbezogen: «Geistige Landesverteidigung» mittels Aufklärung, Belehrung und Information. «Im Vergleich mit allen anderen Stellen und Organisationen der geistigen Landesverteidigung war «Heer und Haus» jedoch mit Abstand die wirkungsvollste Instanz.»

Yves-Alain Morel schloss sein Studium in Allgemeiner Geschichte und Anglistik an der Universität Zürich ab. Er verfasste die vorliegende Dissertation bei Professor Dr. Walter Schaufelberger, bis 1991 Inhaber des seither nicht mehr bestehenden Lehrstuhles für Allgemeine und Schweizerische Militärgeschichte. Das sehr gehaltvolle Buch ist eine aufschlussreiche Pflichtlektüre für alle, die sich mit Truppeninformation sowie mit Medien und Militär befassen, aber auch mit dem Thema «Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg». Historische Vorkenntnisse sind trotz zahlreicher Einzelheiten nicht erforderlich, um den übersichtlich gegliederten und flüssig geschriebenen Text zu verstehen. Der umfangreiche Anhang umfasst vor allem 20 Dokumente, biographische Angaben zu Schlüsselpersonen und ein ausgiebiges Verzeichnis weiterführender Literatur. Das Buch ermöglicht der Leserschaft manche Vergleiche zwischen der Lage der Schweiz im Zweiten Weltkrieg und in der Gegenwart. Ernüchtert stellt man fest, wie wenig behördlicher Widerstand gegen die heutigen propagandistischen Angriffe auf unser Land geleistet und wie unbeholfen Information und Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden. H.L. Witz

Klaus Scherff

### Luftbrücke Berlin

Die dramatische Geschichte der Versorgung aus der Luft Juni 1948 bis Oktober 1949

2. Auflage 1998, Stuttgart, Motorbuch Verlag, 248 Seiten, ISBN 3-87943-417-4, SFr. 19.80

Zum 50jährigen Jubiläum dieses grössten Lufttransport-Unternehmens der Luftfahrt veröffentlicht der Stuttgarter Motorbuch Verlag diese ungekürzte Sonderausgabe des 1976 zum ersten Mal erschienenen Buches. Auf rund 250 Seiten beschreibt der Autor die politischen und militärischen Hintergründe der Luftbrücke. Auch die Organisation dieses gigantischen Unternehmens nimmt er genau unter die Lupe.

Am 24. Juni 1948 machte die Sowjetunion die Grenzen rund um Westberlin dicht. Die Blockade schnitt über Nacht die Metropole von allen Verbindungen ins westliche Deutschland ab.

«Dann werden wir Berlin eben aus der Luft versorgen», entschied der amerikanische Militärgouverneur Lucius D. Clay. Experten gaben diesem Unternehmen aber kaum eine Chance. Sie rechneten vor, die West-Berliner brauchten im Normalfall täglich 13 000 Tonnen Nahrungsmit-

tel und Brennstoffe als Lebensminimum. Eine Versorgung der eingeschlossenen Stadt mit Flugzeugen würde sich höchstens eine Woche durchführen lassen. Doch die Fachleute täuschten sich. Als am 6. Oktober 1949 die Luftbrücke eingestellt wurde, hatten amerikanische und britische Flugzeuge bis zu diesem Tag insgesamt 1 385 913 Tonnen Güter nach West-Berlin geflogen.

Bis zu 1200 Flugzeuge landeten täglich auf den Flughäfen Tegel, Galow und Tempelhof, im Westsektor Berlins, rund um die Uhr, Tag und Nacht, an Sonntagen ebenso wie an Feiertagen. Die Maschinen vom Typ Skymaster C-54, York, Dakota usw. flogen hintereinander in einer endlosen Kette, genau eingereiht, mit vorgeschriebenem Abstand und exakter Geschwindigkeit. An Bord befanden sich Lebensmittel, Kohlen, Treibstoffe, Medikamente, Rohstoffe usw.

Hinter diesen Zahlen und Fakten steckt jedoch mehr als nur eine perfekte Organisation. Manches mit lebenswichtigen Gütern randvoll beladene Flugzeug stürzte ab oder zerschellte bei der Landung, über 70 Besatzungsmitglieder starben. Doch die Crews aus Amerika und Grossbritannien gaben ihr Bestes, ebenso die Ladearbeiter, die Tag und Nacht Kohlesäcke und Lebensmittelboxen schleppten. Dann waren da natürlich auch noch die Berliner, die in den Monaten der Blockade nie den Mut verloren. Der Autor hat das Unternehmen Luftbrücke von Anfang an miterlebt. Sein Report schreibt dieses dramatische Kapitel von West-Berlin auf interessante und umfassende Art. Ein Buch, das ein Stück Zeitgeschichte aufzeigt, die nicht vergessen werden sollte.

F. Knuchel

Thomas Bättig

### On Target

Moderne Kampfflugzeuge, deren Erkennungsmerkmale, Bewaffnung und Einsatzweise 1998, Hamburg, Verlagsgruppe Koehler/Mittler, 296 Seiten, ISBN 3-8132-0563-0, DM 78.–

Wenn wir an den Golfkrieg, Tschetschenien oder Bosnien denken, spielten immer auch Flugzeuge in den meisten Konflikten der letzten Jahre eine entscheidende Rolle. Der Autor – ein Offizier der Schweizer Luftwaffe – hat es sich nun zur Aufgabe gemacht, 75 der bedeutendsten Kampfflugzeuge der Welt in Wort und Bild, jeweils ergänzt durch eine detaillierte Ansichtsskizze, in drei Ebenen darzustellen und zu charakterisieren. Dabei legt er besonderen Wert auf diejenigen optischen Merkmale, welche eine rasche und sichere Identifikation und einen Vergleich mit anderen Typen erlauben. Eine übersichtliche tabellarische Zusammenstellung ermöglicht einen schnellen Überblick über die unterschiedlichen Eigenschaften und Merkmale im Quervergleich. Neben der Darstellung der Einsatzmethoden gegen Luftverteidigungssysteme (Erkennen, Stören, Täuschen) orientiert der Autor in gut verständlicher Weise auch über die «Stealth-Technologie».

Das aktuelle Nachschlagewerk richtet sich an alle Freunde der Militäraviatik, der Flugzeugerkennung und an ein Zielpublikum, welches an den Mitteln und Möglichkeiten des modernen taktischen Lufteinsatzes und der entsprechenden Abwehrmassnahmen interessiert ist.

HP. Egli